

# Zweischneidige Sanktionen gegen Russland

**Sanktionen anstelle militärischer Auseinandersetzungen haben sich zu einem weit verbreiteten Instrument entwickelt. Kommen sie ausserhalb der UNO zustande, sind sie völkerrechtlich problematisch. Sie können leicht das Gegenteil der angestrebten Wirkung erzielen.**

Karl Eckstein

«Staaten haben keine Freunde, nur Interessen». Mit diesem Zitat von Charles de Gaulle müssen sich wohl Erörterungen über den Sinn der aktuellen Sanktionen gegen Russland beschäftigen. Die Frage lautet: Kann die Schweiz – oder auch die EU – ein Interesse an den Sanktionen gegen Russland haben? Dass die Schweiz sich an Sanktionen beteiligen muss, welche die UNO ausspricht, ist völkerrechtlich klar. Wie steht es aber mit Sanktionen einzelner Länder, die ohne UNO-Mandat handeln, wie die USA und EU mit ihren gegen Russland verhängten Sanktionen?

Gehen wir einmal von den unterschiedlich gelagerten Interessen der Staaten aus: Die Schweiz hat schon seit 1515 kein Interesse mehr an territorialer Expansion. Wir verfügen über keine eigenen Rohstoff-

fe. Wir leben von Dienstleistungen – vor allem im Bereich Finanzen und Tourismus – sowie von hochtechnologischer Rohstoffverarbeitung vorwiegend aus den Bereichen Pharmazie und Metallbearbeitung. Unser Interesse geht in erster Linie dahin, diese Produkte in möglichst vielen Märkten in so hoher Qualität anzubieten, dass die Nachfrage gesichert bleibt. Konflikte jeder Art sind kontraproduktiv.

Andere Länder haben andere Interessen. So gibt es Länder, die mit grosser Militärpräsenz auf fremden Territorien ihren Einfluss geltend machen, um dort einerseits an billige Rohstoffe zu gelangen und andererseits Absatzmärkte für ihre weniger hochwertigen Massenprodukte zu sichern. Daraus können sich Konflikte – vor allem mit schwächeren Staaten – ergeben. Dass die Schweiz kein ökonomisches Interesse an einem Konflikt mit Russland oder der Ukraine haben kann, ist offensichtlich. Gibt es hingegen moralische Gründe, sich einer Seite zuzuwenden – oder die begründete Furcht, von den Unterstützern der ukrainischen Seite in deren Märkten benachteiligt zu werden, falls wir uns nicht auf deren Seite schlagen? Zur Klärung dieser Frage sind einige historische und geostrategische Fakten zu beleuchten.

den – oder die begründete Furcht, von den Unterstützern der ukrainischen Seite in deren Märkten benachteiligt zu werden, falls wir uns nicht auf deren Seite schlagen? Zur Klärung dieser Frage sind einige historische und geostrategische Fakten zu beleuchten.

## Russische Ängste vor dem «Drang nach Osten»

Russland hat in seiner tausendjährigen Geschichte nie einen Krieg gegen Westeuropa angezettelt. Umgekehrt wurde jedoch Russland immer wieder von Westen her überfallen:

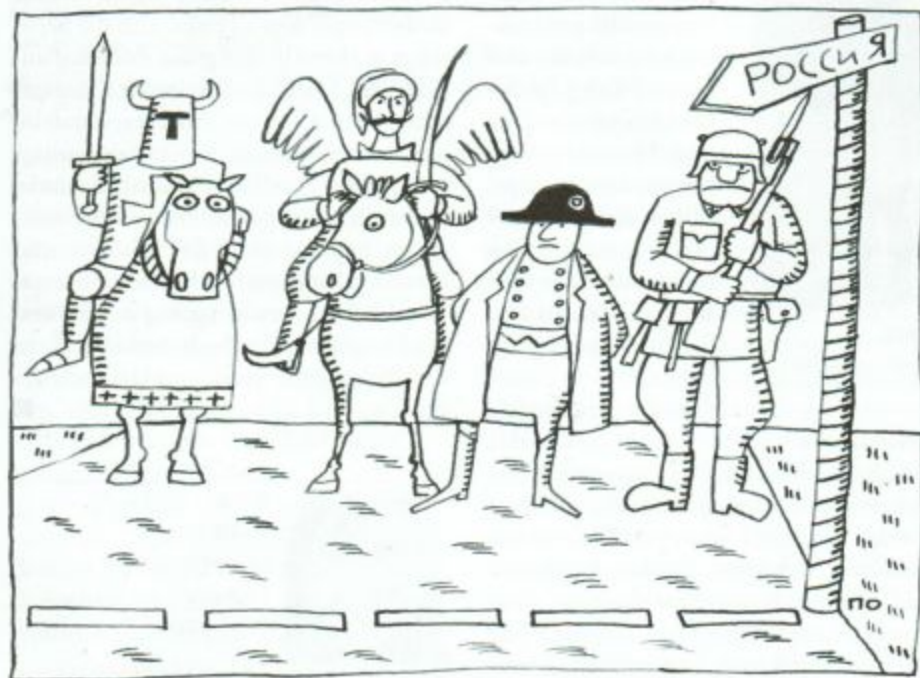
- 1245 von deutschen Kreuzrittern
- 1612 durch die katholischen Polen
- 1759 durch die Preussen
- 1812 von Napoleon
- 1914 im 1. Weltkrieg von Deutschland und Österreich-Ungarn
- 1941 durch das Dritte Reich

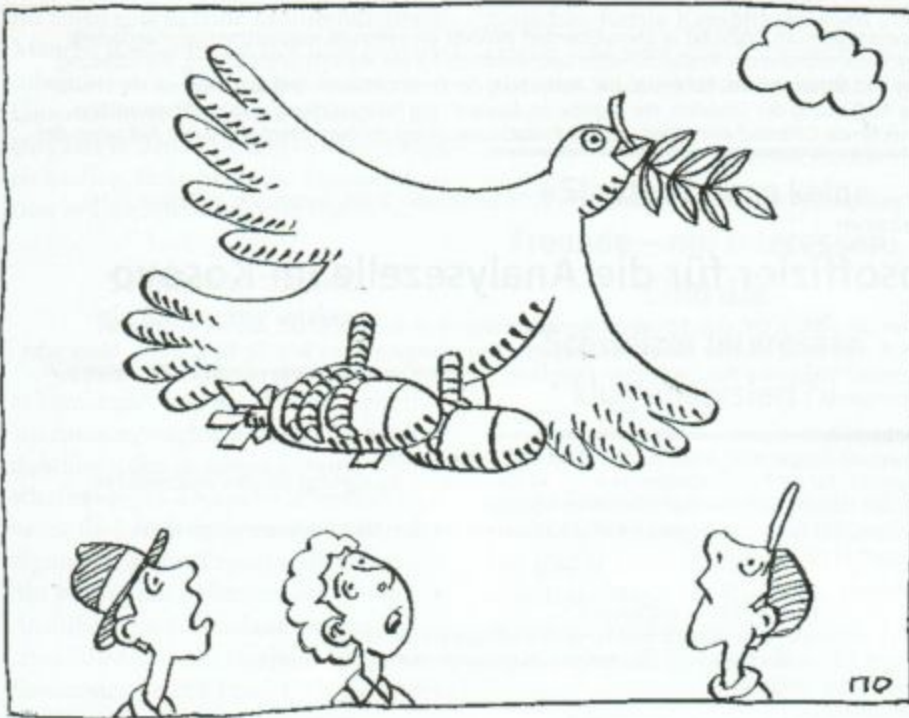
Bei der Verfolgung der geschlagenen Angreifer folgten die Russen den Feinden jeweils bis nach Westeuropa, zogen aber immer wieder zurück: Nach Napoleon aus Paris 1815, nach Hitler aus Wien um 1955 sowie aus Berlin um 1990. Diese Kriege haben der russischen Bevölkerung traumatisches Leid zugefügt. Beim letzten Überfall durch deutsche Truppen hatte sie 27 Millionen Todesopfer zu beklagen, die zum Teil auf grausamste Weise ermordet wurden. Drei Millionen Russen wurden in Nazi-Gefangenschaft umgebracht, viele in Konzentrationslagern.

Nach diesen Erfahrungen hat Russland selbstverständlich grösste Bedenken, wenn sich potentiell feindliche Truppen nahe der Landesgrenzen zusammenziehen. Obwohl Gorbatschow beim Truppenrückzug aus Osteuropa die Zusage erhielt, dass sich die NATO nicht nach Osten erweitern würde, steht heute eine konventionelle militärische Übermacht wieder di-

«Drang nach Osten».

Karikaturen: Leonid Poshidaev





«Demokratisatoren» (Bezeichnung der US-Bomber in Russland).

rekt vor den Toren Russlands. Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis mit einem jährlichen Militärbudget von insgesamt 1000 Milliarden USD. Russland hingegen hat eines von 50 Milliarden, also ein 20-mal kleineres. Deshalb ist es kaum nachvollziehbar, dass die NATO-Mitglieder ihre Militärbudgets ausschliesslich wegen der von Russland ausgehenden Gefahr erhöhen wollen.

Ein Raketenschutzschild, der angeblich gegen Überfälle von Schurkenstaaten aus dem Nahen Osten gerichtet ist, hat die NATO in Polen stationiert und nicht etwa gemeinsam mit den Russen im Kaukasus, wie es diese vorgeschlagen hatten. Dass sich eine solche Positionierung als Ausbau einer nuklearen Erstschlagkapazität der NATO zwecks Verhinderung der russischen Abwehr interpretieren lässt, dürfte nachvollziehbar sein.

### Geostrategische Interessen

Wenn wir die letzten Kriegsschauplätze betrachten, wird klar, dass es dabei stets um Interessen an fossilen Energieressourcen ging. Ein rohstoffreiches Land, dessen Regierung nicht im Einklang mit anglo-amerikanischen Interessen steht, läuft Gefahr, in den Fokus zu geraten. Diese Hegemonieinteressen scheinen heute vor allem durch Russland gefährdet zu sein. Dessen Eurasienpolitik, die unter anderem auf die Substitution des US Dollars im Roh-

stoffhandel abzielt, widerspricht amerikanischen Bestrebungen. Auch das lange von Russland verfolgte Ziel eines «Gemeinsamen Europäischen Hauses» kann nicht im Interesse Washingtons sein. Ein Zusammenschluss der Industriemacht Westeuropas mit den Rohstoffen Russlands könnte zu einer wirtschaftlichen Dominanz führen, woran den USA nicht gelegen wäre.

### Bunte Revolutionen lösen Stellvertreterkriege ab

Interessant ist die historische Entwicklung der Konfliktstrategie zur Interessenwahrnehmung:

Noch bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts trugen die Grossmächte ihre Konflikte mit direkten militärischen Konfrontationen aus. Mit dem Beginn der bipolaren Welt nach dem Ende des 2. Weltkrieges vor siebzig Jahren suchten die Sowjetunion und die USA angesichts ihrer verheerenden Atomwaffen keine direkte militärische Auseinandersetzung mehr, sondern nahmen ihre Interessen durch Stellvertreterkriege wahr. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Wegfall ideologisch begründeter Konflikte sehen wir nun ein neues Phänomen, um unliebsame Regierungen zu destabilisieren – die «Bunten Revolutionen», die immer demselben Schema folgen und die teilweise sogar identische Flugblätter verwenden:

2003: Rosenrevolution in Georgien

2004: Orange Revolution in der Ukraine

- 2005: Zedernrevolution in Libanon und Tulpenrevolution in Kirgisien
- 2007: Safranrevolution in Myanmar
- 2009: Fliederrevolution in Moldawien
- 2010: Jasminrevolution in Tunesien, Melonenrevolution in Kirgistan
- 2011: Arabischer Frühling in Ägypten, Algerien, Syrien, Libyen, Bahrein, Jemen, Oman
- 2013: Euromaidan in der Ukraine
- 2014: Revolution der Regenschirme in Hongkong

Aus russischer Sicht wurde die Euromaidan Revolution in der Ukraine wesentlich von aussen beeinflusst. Eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung in Kiew bestand in der Streichung des Russischen als zweite Amtssprache. Es war offensichtlich, welche Reaktionen dies in Landesteilen wie Krim, Lugansk und Donezk hervorrufen würde, wo über 75% der Bevölkerung Russisch als Muttersprache bezeichnet.

### Problematik von Sanktionen gegen Russland

Das Ziel von Sanktionen liegt darin, die Regierung eines fremden Landes zu schwächen – allenfalls sogar in der Hoffnung, dass die eigene Bevölkerung einen Umsturz herbeiführt – mindestens aber darin, eine Regierung zu einem bestimmten Verhalten zu zwingen. Erfahrungen zeigen allerdings, dass Sanktionen kaum je ihr Ziel erreichen. Oft bewirken sie sogar das Gegenteil. Sie motivieren die Bevölkerung zu innerer Einigkeit. So blockierten deutsche und finnische Truppen zwischen September 1941 und Januar 1944 Leningrad (heute wieder St. Petersburg) mit der Absicht, die Bevölkerung auszuhungern und die Übergabe der Stadt zu erzwingen. Der Erfolg blieb aus; zwar sind 1,1 Millionen Städter umgekommen. Die meisten starben den Hungertod, viele erfroren.

Wirtschaftliche Engpässe sind sich die Russen gewohnt. Kriegsfolgen, sozialistische Misswirtschaft, Währungsreformen, Hyperinflation, Zusammenbruch des Bankensystems haben im Schnitt alle zehn Jahre zu einem kurzen Zusammenbruch geführt, von der sich die russische Wirtschaft aber immer wieder erholt hat. An sich ist der Russe sehr genügsam, duldsam und leidensfähig. Ökonomische Engpässe nehmen ihm nicht den Lebensmut. Auch heute ist ein ähnliches Phänomen zu beobachten: Präsident Putin hatte noch

nie zuvor eine so hohe Zustimmungsrate. Manche Russen freuen sich über Importsubstitutionen. Während sie früher einen Grossteil ihrer Lebensmittel und Industriegüter in den USA und in Westeuropa einkauften, steigt heute die Eigenproduktion in Landwirtschaft und Industrie.

### Sanktionen können als Bumerang wirken

Während westliche Lieferanten Verluste hinnehmen und gar Mitarbeiter entlassen müssen, wächst in Russland die Produktion in den zu substituierenden Wirtschaftszweigen. Deutsche Wirtschaftsverbände fordern deshalb von Berlin Entschädigungen für ihre Exportausfälle. Immerhin betrug das Volumen der deutschen Ausfuhren nach Russland in letzter Zeit etwa 30 Mrd. Euro pro Jahr. Wegen den Sanktionen lieferte Frankreich die beiden von Russland bestellten Helikopterträger der Mistral-Klasse bisher nicht aus. Andere Länder wollen sich verständlicherweise nicht an vertragsbrüchige Partner binden. So hat etwa Indien eine Option auf die Beschaffung von 126 fran-

zösischen Rafale Kampfflugzeugen ausgesetzt und wird aller Voraussicht nach russische Suchoi-Maschinen kaufen. Ins-

## «Staaten haben keine Freunde – nur Interessen: Sind die Schweizer Interessen klug analysiert?»

gesamt erscheinen Sanktionen, die nicht von der UNO ausgehen, als völkerrechtlich höchst problematisch. Insbesondere sind sie nicht mit den Regeln und Prinzipien der in Genf ansässigen Welthandelsorganisation, WTO, vereinbar.

### Dilemma der Schweiz

Diese Art von Sanktionen bringt die Schweiz in ein Dilemma, da sie ohne eigene spezifische Massnahmen Gefahr läuft, sich als Drehscheibe für Umge-

hungsgeschäfte zu entwickeln. Dies wiederum brächte sie unter politischen und wirtschaftlichen Druck ihrer wichtigsten Handelspartner. Andererseits zöge ein Nachvollzug solcher Sanktionen einen Verstoß gegen unsere auf den Wiener Kongress von 1815 zurückgehende Neutralität nach sich – was auch deshalb umso stossender wäre, weil Russland damals als deren entschiedenster Befürworter auftrat. Daraus ergibt sich eine heikle Gratwanderung, bei welcher Bern sich jeweils mit dem sogenannten «Courant normal» wappnet, der darauf abzielt, die von Sanktionen erfassten Wirtschaftszweige im Rahmen von Durchschnittswerten zu halten. Dass dies Kritik auslösen kann, liegt in der Natur der Sache. ■



Karl Eckstein  
Prof. Dr. iur.  
Rechtsanwalt und Notar  
9400 Rorschach